



Kommentar
Peter Bußjäger

80-Prozent-Märchen

Was haben Lena Schilling und Andreas Schieder, die eine Spitzenkandidatin der Grünen für die Europawahl, der andere jener der SPÖ, und Agnes Strack-Zimmermann, ebenfalls Spitzenkandidatin für die Europawahl, allerdings für die liberalen Parteien im

„Weshalb benötigt man Parlament und Landtage, wenn ohnehin **alle maßgeblichen Entscheidungen** in Brüssel getroffen werden?“

Europaparlament, gemeinsam? Sie haben – zumindest in einem Punkt – im österreichischen Fernsehen in unterschiedlichen Nuancen dasselbe Märchen verbreitet: Dass nämlich 80 Prozent der für unser Land maßgeblichen Gesetze in Brüssel beschlossen würden.

In der ZiB2 konnte Moderator Armin Wolf Frau Strack-Zimmermann durch kritische Fragestellungen immerhin zum Zurückrudern bewegen. Es stellte sich heraus, dass sie die 80 Prozent-Theorie nur vom Hörensagen kannte, was auf alle anderen Personen, die sich ähnlich äußern, auch zutreffen dürfte. Somit sind Jung und Alt, Links und Rechts, in Unwissenheit geeint.

Tatsächlich, so die verfügbaren Untersuchungen, dürfte sich der sogenannte „Europäisierungsgrad“ der Gesetzgebung in der

Union bei 30 bis 40 Prozent bewegen. Damit meint man das Ausmaß, in dem die in einem Land bestehenden Gesetze vom EU-Recht vorgegeben sind. Auch wenn sich die Europäisierung wissenschaftlich nicht genau einschätzen lässt, ist sie zwar beachtlich hoch, aber nicht so beeindruckend und so leicht zu merken wie die „80 Prozent“, welche die Spin-Doktoren ihren Schützlingen in den Parteien einflüstern und die dann in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden.

Zweck der Übung ist offenbar, die Bedeutung des Europaparlaments und damit der Kandidatinnen und Kandidaten zu betonen. Auf der Strecke bleibt nicht nur die Wahrheit, sondern auch die Demokratie. Weshalb benötigt man Parlament und Landtage, wenn ohnehin alle maßgeblichen Entscheidungen in Brüssel getroffen werden? Wären die 80 Prozent richtig, dann wäre der Spielraum für die heimische Gesetzgebung in den Staaten nur noch minimal. An diese Botschaft denken die Kandidatinnen und Kandidaten vermutlich nicht. Sie würden dem europäischen Gedanken weitaus mehr helfen, wenn sie sich auf den unspektakulären Stand der Wissenschaft zurückziehen würden.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.